

Programm zur **Kommunalwahl 2026** in München



AfD
München

Inhaltsverzeichnis

Heimat München.....	2
Sicherheit und Ordnung.....	3
(Re-)Migration	4
Dynamisches & nachhaltiges München.....	5
Wirtschaft.....	6
Finanzen.....	7
Verkehr	8
Bau.....	9
Umwelt.....	10
München leben, lernen & gestalten	11
Soziales	12
Bildung.....	14
Kultur	16
Demokratie	17
Gesundheit	18

Heimat München

München ist mehr als nur ein Siedlungsgebiet. München ist die Heimat von über 1,5 Millionen Menschen. Laut Prognosen soll die Einwohnerzahl in den kommenden Jahren auf bis zu 1,85 Millionen ansteigen. Der stetige und ungebremste Zuzug, insbesondere auch durch die unkontrollierte Massenmigration, überfordert zunehmend die städtische Infrastruktur und beeinträchtigt die Lebensqualität der hier lebenden Bevölkerung. Der traditionelle Gartenstadtcharakter, der München prägte und zahlreiche sichere, kindgerechte Räume bot, wird durch fortschreitende Nachverdichtung und den Bau sozial prekärer Neubauviertel immer stärker verdrängt, während gleichzeitig rund zwei Millionen Quadratmeter Büroflächen leerstehen.

Viele langjährige Münchner, insbesondere Familien ohne eigene Migrationserfahrung, sehen sich gezwungen, aufgrund gestiegener Preise und veränderter Lebensbedingungen ins Umland abzuwandern. Sie dürfen jedoch nicht durch Zuwanderung und externe Einflussfaktoren aus ihrer angestammten Heimat verdrängt werden.

Um München lebenswert zu halten, muss die Infrastruktur dem Wachstum angepasst, sowie das traditionelle Stadtbild und die bayerische Lebensart bewahrt werden.

Unsere Forderungen:

- Stopp des unbegrenzten Zuzugs und der weiteren Nachverdichtung.
- Ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alteingesessene Münchner sicherstellen.
- Umnutzung leerstehender Bürogebäude zu Wohnraum erleichtern und verstärkt genehmigen (Verfahren beschleunigen).
- Ausbau der Versorgungsinfrastruktur gemäß der gewachsenen Stadtbevölkerung.
- Schutz des Stadtbildes durch Ensembleschutz und Verzicht auf hohe Neubauten.
- Jedes Stadtviertel soll über mindestens einen großen öffentlichen Spielplatz verfügen, der regelmäßig gereinigt und instandgesetzt wird.
- In jedem Stadtviertel soll ein öffentliches Freizeitangebot für Senioren angeboten werden, idealerweise in der Nähe von Spielplätzen, um das generationenübergreifende Miteinander zu stärken.
- Wohnortnahe Spielflächen für Kinder zur Förderung des nachbarschaftlichen sozialen Miteinanders schaffen.
- In allen städtischen Gebäuden sollen Trinkwasserspender eingeführt werden.
- Ordnung und Sauberkeit des öffentlichen Raumes weiter gewährleisten und wo nötig zusätzliche Mittel zu deren Gewährleistung bereitstellen.
- „No-Go-Areas“ dürfen in München nicht toleriert werden.
- Parallelgesellschaften sind zu verhindern bzw. zurückzudrängen.
- Politisch motivierte Umbenennungen von Straßennamen sind zu beenden.
- Den Gebrauch sogenannter geschlechtergerechter Sprache („Gendern“) in der öffentlichen und dienstlichen Kommunikation der Stadt München beenden.
- Die ausschließliche Amtssprache in München ist Deutsch. Angebote in anderen Sprachen (bisher bis zu 115) sind einzustellen.

Sicherheit und Ordnung

Ein nächtlicher Heimweg ohne Angst, ein Ausflug aufs Volksfest ohne Nervosität und Beklemmung: Was für viele Frauen heute keine Selbstverständlichkeit mehr ist, muss wieder zur Normalität werden. Die AfD sieht mit Sorge, wie die Förderung linksradikaler Strukturen durch die Stadtregierung und unkontrollierte Massenmigration die Sicherheit in München gefährden. Statt unverhältnismäßiger Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten, wie sie in der Corona-Zeit erlebt wurden, setzen wir auf vernünftige, ausgewogene Maßnahmen, die Sicherheit und Lebensqualität gleichermaßen gewährleisten.

Unser Ziel ist ein sicheres München, in dem Bürger den öffentlichen Raum angstfrei nutzen können. Durch eine verstärkte Polizeipräsenz, gezielte Überwachung an Brennpunkten und den Ausbau des Kommunalen Außendienstes schaffen wir Vertrauen, ohne Veranstaltungen durch übermäßige Kontrollen zu belasten. Präventive Ansätze wie die Eindämmung aggressiver Bettelei und gezielte Hilfsangebote gegen Obdachlosigkeit, einschließlich Rückkehrunterstützung für ausländische Betroffene, fördern ein geordnetes Miteinander. Der Cannabiskonsum in städtischen Einrichtungen wird konsequent untersagt, um die öffentliche Ordnung zu stärken. Mit Augenmaß und Verantwortung wollen wir die Sicherheit in München wiederherstellen, die Freiheiten der Bürger bewahren und den offenen, lebendigen Charakter der Stadt sichern – für ein München, in dem sich alle sicher fühlen.

Unsere Forderungen:

- Ausbau des Kommunalen Außendienstes.
- Stärkung der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum sowie Ausbau der Bayerischen Sicherheitswacht in enger Abstimmung und Kooperation mit dem Freistaat.
- Verstärkte Kontrollen, Videoüberwachung und gezielter Objektschutz an bekannten Brennpunkten.
- Feste und Veranstaltungen sollen grundsätzlich ohne übermäßige Sicherheitsmaßnahmen auskommen. Maßnahmen wie Zäune, Taschenkontrollen und Straßensperren sind in der bestehenden Gefahrenlage notwendig, jedoch auf das absolut notwendige Maß zu beschränken und regelmäßig kritisch zu prüfen.
- Verbot des Cannabiskonsums in allen städtischen Einrichtungen, Grünanlagen und Parks.
- Konsequente Verfolgung und Eindämmung aggressiver, organisierter Bettelei im Stadtgebiet.
- Bekämpfung von Obdachlosigkeit durch gezielte Hilfsangebote für Betroffene sowie Unterstützung ausländischer Obdachloser bei der Rückkehr in ihre Heimatländer.

(Re-)Migration

Münchens Aufnahmekapazitäten und Integrationsfähigkeiten sind erschöpft. Der anhaltend hohe Zustrom von Zuwanderern und Flüchtlingen verschärft den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt, führt zu überlasteten Arztpraxen, Krankenhäusern, Kinderbetreuungseinrichtungen und einer überforderten städtischen Verwaltung sowie zu einem gestiegenen Verkehrsaufkommen. Die AfD setzt sich für eine verantwortungsvolle (Re-)Migrationspolitik ein, die die Belange der Münchner Bürger in den Vordergrund stellt und die Überlastung der Stadt entschärft, ohne die kulturelle Identität zu gefährden.

Unser Ziel ist es, die Lebensqualität in München zu sichern, indem wir die Belastungen durch Massenmigration reduzieren. Dies umfasst die Begrenzung neuer Asylunterkünfte, die Abschaffung von Anreizen für Migration, die über gesetzliche Mindestanforderungen hinausgehen, und die Einführung einer Arbeitspflicht für Asylbewerber, um einen Beitrag zur Stadtgesellschaft zu leisten. Gleichzeitig fordern wir eine klare Abgrenzung von Schleuserorganisationen und eine konsequente Abwehr von Islamismus im öffentlichen Raum, um die christlich-deutsche Kultur zu bewahren. Städtische Ressourcen dürfen nicht für ideologische Projekte wie Gebetsräume oder Moscheebauten zweckentfremdet werden. Mit diesen Maßnahmen wollen wir München entlasten, die Interessen der Bürger priorisieren und die kulturelle Identität der Stadt stärken – für ein lebenswertes, geordnetes München.

Unsere Forderungen:

- Klage gegen den Bund wegen der negativen Folgen durch die Massenmigration.
- Keine weitere Eröffnung neuer Asyl- oder Flüchtlingsunterkünfte.
- Keine Verlängerung bestehender Asyl- oder Flüchtlingsunterkünfte, stattdessen Prüfung von vorzeitigen Schließungen.
- Keine Umwidmung von Obdachlosenheimen zu Asylunterkünften.
- Verzicht auf Leistungen an Migranten, die über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehen („Pull-Faktoren“ abschaffen).
- Arbeitspflicht für Asylbewerber als Dienst gegenüber der Aufnahmegerellschaft. Asylbewerber sollen etwa zur Entfernung von Graffitis an Gebäudefassaden oder zur Parkreinigung eingesetzt werden.
- Abmeldung Münchens als sogenannter „sicherer Hafen“.
- Keine Beteiligung an oder Bezugnahme von als Seenotrettung getarnten Schleuserorganisationen und im Asylwesen engagierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs).
- Keine Bereitstellung städtischer Grundstücke oder Baugenehmigungen für den Bau von Moscheen oder Minaretten.
- Keine Tolerierung oder Förderung des Islamismus im öffentlichen Raum, insbesondere Machtdemonstrationen in Form öffentlicher Gebete, stattdessen Wahrung und Förderung unserer christlich-deutschen Kultur.
- Keine Bereitstellung von Räumen oder Mitteln für Gebetsräume in Schulen.

Dynamisches & nachhaltiges München

München steht vor der Herausforderung, seinen dynamischen Charakter als wirtschaftsstärkste Stadt Deutschlands mit den Anforderungen an nachhaltiges und zukunftssicheres Wachstum zu verbinden. Wohlstand und Lebensqualität sind keine Selbstverständlichkeit, sondern das Resultat vorausschauender Entscheidungen – in der freien Wirtschaft ebenso wie in der Politik, beim vorausschauenden Haushalten mit öffentlichen Mitteln, der Gestaltung der Infrastruktur und dem verantwortungsvollen Umgang mit Wohnraum.

Nur als attraktiver Standort für Unternehmen, Innovation und Messeveranstaltungen bleibt München langfristig leistungsfähig und kann die notwendigen Einnahmen für Investitionen in Bildung, Sicherheit und soziales Leben sichern. Gleichzeitig kommt es darauf an, beim Einsatz öffentlicher Mittel wirtschaftlich und generationengerecht zu handeln, Verschwendungen und Schulden zu vermeiden und die Stadtverwaltung auf ihre Kernaufgaben zurückzuführen.

Ob Mobilität, die alle Verkehrsträger einschließt, oder Wohnungsbau, der sich am Bedarf der Menschen vor Ort orientiert: Die Stadtpolitik muss die Balance zwischen Tradition und Moderne, zwischen wirtschaftlicher Dynamik und nachhaltiger Entwicklung wahren. Ziel ist eine Stadt, die auch in Zukunft für Bürger wie Unternehmen attraktiv, bezahlbar und lebenswert bleibt.

Das gilt besonders auch für Umwelt- und Energiefragen: München schützt seine Grünflächen – Parks, Wiesen, Ackerflächen und Straßengrün –, begrenzt neue Versiegelung und setzt auf Bestandserhalt, Qualität und städtebauliches Maß. Energiepolitik richtet sich natur- und flächenschonend aus, bleibt technologieoffen und sichert eine verlässliche Grundlast. Ein nach Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit ausgerichteter Ausbau erneuerbarer Energien wird mit Speicher- und Netzinfrastruktur hinterlegt, statt Landschaft und Stadtbild über Gebühr zu belasten.

Wirtschaft

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort ist das Rückgrat für Münchens Wohlstand, sichert langfristige Steuereinnahmen von 3,7 Milliarden Euro Gewerbesteuer im Jahr 2025 und schafft Arbeitsplätze. Doch ausufernde Bürokratie und Abgaben belasten Firmen, Geschäfte und Kleinunternehmer, während steigende Heiz- und Stromkosten – getrieben durch milliardenschwere Investitionen in Wind- und Solarkraftwerke im Zuge des Green Deal – die Bürger belasten. Die AfD setzt auf eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmen entlastet, ohne das Leben auf Arbeit und Profit zu reduzieren, und auf eine stabile, bezahlbare Energieversorgung, die den Wiedereinstieg in die Kernkraft priorisiert.

Unser Ziel ist ein wirtschaftlich starkes München, das Gewerbetreibende durch niedrigere Gebühren, bessere Erreichbarkeit und weniger bürokratische Hürden unterstützt. Messen wie die IAA sollen auf das Messegelände beschränkt bleiben, um den öffentlichen Raum zu entlasten, während günstigere Messegebühren die Attraktivität steigern. Unwirtschaftliche Projekte wie die „Halle 2“ des Abfallwirtschaftsbetriebs müssen geschlossen werden, um Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Gleichzeitig fordern wir eine Abkehr von ideologisch getriebenen Energieinvestitionen hin zu einer pragmatischen Strategie, die stabile Energieversorgung auch durch Kernkraftwerke, wie das kürzlich stillgelegte AKW Isar II, sichert. So schaffen wir ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Dynamik, bezahlbarer Lebensqualität und verantwortungsvoller Haushaltsführung – für ein zukunftssicheres München.

Unsere Forderungen:

- Keine Erhöhung der Gewerbesteuer.
- Keine Einführung einer Tourismusabgabe bzw. Übernachtungssteuer.
- Herabsetzung der Parklizenzgebühr für gewerbliche Betriebe und freiberuflich Tätige.
- Erhalt bzw. Wiederherstellung der Erreichbarkeit von Gewerbebetrieben und Einzelhandel mit dem PKW.
- Günstigere Messegebühren, um die Attraktivität der Messe München zu steigern.
- Beschränkung der IAA und anderer Messen auf das Münchener Messegelände. Stopp der Durchführung im öffentlichen Raum.
- Energieausrichtung anpassen: Strategiewechsel weg von priorisierten Investitionen in erneuerbare Energien. Stattdessen Fokus auf Investments in eine stabile Energieversorgung und Werben für einen Wiedereinstieg in die Kernkraft und soweit noch möglich, eine Reaktivierung von Kernkraftwerken, wie Isar II.
- Schließung der „Halle 2“ des Abfallwirtschaftsbetriebs München aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit.

Finanzen

Der Umgang mit öffentlichen Mitteln erfordert Sorgfalt und Transparenz. Anfang 2020 beschloss die Stadtratsmehrheit gegen die Stimmen der AfD, durch weitere Neuverschuldung Mittel für Immobilienankäufe bereitzustellen, während der Neubau weiterhin aus bestehenden Programmen finanziert wurde. Mit den zusätzlichen Krediten wurden unter anderem teils am Rande der Baufälligkeit stehende Altbauten erworben. Das damit verbundene Ziel, kurzfristig neuen Wohnraum zu schaffen, wurde allerdings verfehlt. Stattdessen entstanden zusätzliche Belastungen, da diese Gebäude energetisch saniert werden müssen.

Die städtische Verschuldung soll bis 2026 auf 11,5 Milliarden Euro anwachsen. Daraus resultiert eine höhere Zinslast: 2025 beläuft sie sich bereits auf rund 150 Mio. Euro, zuzüglich rund 200 Mio. Euro Tilgung. In den kommenden Jahren werden Umschuldungen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro fällig. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt nimmt dadurch ab. Es besteht das Risiko, unter die Finanzaufsicht der Regierung von Oberbayern zu fallen.

Trotz wiederholter Warnungen fließen weiterhin Mittel in fragwürdige Ideologieprojekte sowie eine überbordende Stadtverwaltung. In der Folge müssen nun Vorhaben priorisiert, gekürzt oder gestrichen werden – mit möglichen Auswirkungen auch auf soziale Angebote für Kinder und Senioren.

Unsere Forderungen:

- Sofortiger Stopp der investiven Neuverschuldung.
- Fokussierung auf städtische Pflichtaufgaben.
- Systematische Überprüfung sämtlicher freiwilliger Aufgaben der Stadt München auf Wirtschaftlichkeit und Nutzen, inklusive hieraus ggf. folgender Kürzungen und Streichungen.
- Schuldenabbau mit verbindlichem Tilgungsplan durch Priorisierung und Streichung nicht zwingender Großprojekte (z. B. der U9, diverser Trambahnprojekte, energetischer Sanierungen, Radwegeausbau).
- Rückführung neu aufgenommener Schulden durch Verkauf des Gasteig-Geländes und weiterer geeigneter städtischer Immobilien.
- Straffung der Stadtverwaltung: Abbau von Doppelstrukturen und nicht notwendigen Planstellen.
- Organisationsreform der Referatsstruktur: Auflösung der Referate für IT, Klima- und Umweltschutz sowie Mobilität. Überführung der durch diese wahrgenommenen Pflichtaufgaben und des Personals in bestehende Referate.
- Abschaffung der Gleichstellungsstelle für Frauen, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und der Koordinierungstelle LGBTiQ* im Zuge der Verwaltungsreform.
- Stopp von Spendenaktionen zu Lasten kommunaler Ressourcen.

Verkehr

Mobil sein und ungehindert von A nach B kommen: Die Wichtigkeit dieses Grundbedürfnisses wird vor allem dann sichtbar, wenn der Verkehr einmal nicht mehr fließt. Egal, um welches Verkehrsmittel es sich handelt: Ein reibungsloses Vorankommen und eine funktionierende Infrastruktur sparen Zeit und Nerven und bilden letztendlich die Grundlage, damit Wirtschaft, Tourismus und das Zusammenleben im Allgemeinen überhaupt funktionieren.

Derzeit werden alle Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausgespielt, was letztlich zum Unmut aller führt. Dabei schließt eine autofreundliche Politik nicht aus, dass gleichzeitig für ausreichend Freiraum für Radfahrer und Fußgänger gesorgt wird. Ein tragfähiges Netz des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gibt es nur durch die Realisierung von Ringstrukturen und Querverbindungen, anstatt Milliarden in das genaue Gegenteil zu investieren, nämlich in eine Verfestigung der Zentrumorientierung in Form des 2. S-Bahn-Stammstreckentunnels sowie der U9.

Unsere Forderungen:

- Wirtschaftlichkeit eines Baustopps des zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnels sowie der U9 prüfen.
- Tragfähiges S-Bahn-Netz durch Ausbau des Nord- und Südrings realisieren.
- Einsatz für die Einführung einer Express-S-Bahn zwischen Flughafen und Stadtzentrum sowie den langfristigen zweigleisigen Ausbau der S-Bahn-Außentäste.
- Autobahnringlücke im Südwesten der Stadt schließen.
- Baustellenkoordination verbessern und Abwicklung beschleunigen.
- Einheitliche Höchstgeschwindigkeiten auf Hauptverkehrsstraßen: durchgehend Tempo 50, wo verkehrssicher möglich, Tempo 60.
- Durchgängige Grüne Welle auf allen Hauptverkehrsstraßen sicherstellen.
- Unnötige Ampeln abbauen bzw. außerhalb der Spitzenzeiten abschalten.
- Parkmöglichkeiten in allen Stadtteilen bedarfsgerecht ausbauen.
- Beschilderung vereinfachen und den Schilderwald reduzieren.
- Vorfahrtberechtigte Fahrradstraßen parallel zu Hauptverkehrsstraßen schaffen statt teurer, überdimensionierter Radschnellwege.
- Behinderung und Gefährdung auf Gehwegen durch abgestellte E-Roller unterbinden.

Bau

Wohnen muss bezahlbar bleiben – für alle Münchner, angefangen beim Berufsanfänger bis zum Rentner. Münchens Boden darf kein Spekulationsobjekt sein, sondern soll vorrangig der Daseinsvorsorge dienen. Ziel ist ein Wohnungsmarkt, der den Preisdruck mindert, Leerstand reduziert und Investitionen in den Bestand belohnt, statt immer neue Flächen zu versiegeln.

Gleichzeitig gilt es, das gewachsene Stadtbild zu bewahren. Historische Bauten und der harmonische Charakter der Stadtteile sind Leitplanken künftiger Entwicklung. Ensembleschutz und höhere gestalterische Standards sollen Neubauten so ausrichten, dass architektonische Vielfalt entsteht statt anonymer Einheitsbauten und einer Hochhausentwicklung, die Maß und Proportion der Stadt sprengt.

Eine vorausschauende Baupolitik nutzt dabei vorhandene Kapazitäten: Gewerbeneubauten erhalten erst dann Priorität, wenn bestehender Leerstand deutlich abgebaut ist. Zusätzliche, über bundesweite Vorgaben hinausgehende Baustandards verteuern das Bauen und werden daher vermieden. Stattdessen setzt die Stadt auf konsequente Instandhaltung ihres Bestands. So bleibt München lebenswert, wirtschaftlich vernünftig und städtebaulich maßvoll – im Interesse seiner Bürger.

Unsere Forderungen:

- Historische und denkmalgeschützte Bauwerke sowie den eigenständigen Charakter der Stadtteile erhalten.
- Ensembleschutz bei Neubauten verbindlich beachten. Neubauten an höheren gestalterischen Standards ausrichten.
- Architektonische Vielfalt fördern, Einheitsbauten und überdimensionierte Mietblöcke vermeiden.
- Megalomanie begrenzen: keine Genehmigung weiterer oder höher dimensionierter Hochhausprojekte.
- Neubau von Gewerbeimmobilien erst genehmigen, wenn der bestehende Leerstand deutlich reduziert ist.
- Keine über bundesweite Vorgaben hinausgehenden Baustandards festlegen (z. B. im energetischen Bereich).
- Städtische Gebäude und Infrastruktur regelmäßig instand setzen und sanieren.
- Die in München an zahlreichen Stellen auftretenden Grundwasserprobleme untersuchen und beheben. Ursachenanalyse und Maßnahmenplan vorlegen.

Umwelt

Im Zuge des Green Deal der Europäischen Union werden Windräder und Solarparks massiv ausgebaut. Das geht vielerorts mit dem Verlust von Wald- und Ackerflächen sowie weiteren Eingriffen in Natur und Landschaft einher. Gleichzeitig fehlt es an gesicherter Leistung: Grundlastfähige Kraftwerke wurden zurückgefahren oder abgeschaltet, ohne dass Speicher- und Transportkapazitäten im nötigen Umfang bereitstehen. Die Folge sind volatile Stromeinspeisung, steigender Importbedarf und wachsende Risiken für Versorgungssicherheit und Strompreise.

Diese Entwicklung setzt sich bedauerlicherweise auch in anderen Bereichen fort. Die geplante Einführung des sogenannten Wassercents durch den Freistaat Bayern wird etwa nicht nur zu höheren Kosten bei den Verbrauchern führen, sondern auch zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand bei den Kommunen. Etwaige positive ökologische Lenkungswirkungen verpuffen hingegen aufgrund von hohen Freimengen und Ausnahmeregelungen für Großverbraucher wie Unternehmen.

Für München verschärfen sich solche Zielkonflikte zusätzlich. Nachverdichtung und Großprojekte treffen auf überzogene Vorgaben und komplizierte Standards im Bau. Prestigeprojekte und die einseitige Förderung einzelner Interessengruppen binden Mittel, führen zu einem weiteren Anwachsen der städtischen Verwaltung, ohne die drängenden Probleme verlässlich zu lösen.

Ein Kurswechsel ist dringend geboten. Es braucht eine Natur und Grünflächen schonende Energie- und Baupolitik.

Unsere Forderungen:

- Grünflächen erhalten und erweitern (Parks, Wiesen, Ackerflächen, Straßengrün).
- Bodenversiegelung nicht mit Ausgleichsflächen außerhalb Münchens verrechnen.
- Weiterbetrieb von Öl- und Gasheizungen im kommunalen Wärmeplan ermöglichen.
- NOx-Messstationen sachgerecht platzieren, um realistische Belastungswerte zu ermitteln.
- Das „Greenwashing“ von nicht regional erzeugter Energie durch die Münchner Stadtwerke beenden.
- Keinen Erwerb von Beteiligungen an außerstädtischen Unternehmen oder Gesellschaften (z. B. Flughäfen, Wind- und Solarparks).
- Keine Bevorzugung oder überproportionale Bezuschussung überregionaler Lobbygruppen und NGOs, stattdessen lokale, basisnahe Initiativen fördern.
- Ungezieferbekämpfung in städtischen Grünanlagen, Gebäuden und U-Bahnhöfen soll zur Schonung der einheimischen Fauna ohne Giftstoffe durchgeführt werden.
- Abkehr von Projekten wie Digitaler Zwilling, Smart City oder 15-Minuten-Stadt.
- München setzt sich beim Freistaat gegen die Einführung der Wassercent-Abgabe ein.

München leben, lernen & gestalten

München als lebenswerte Stadt zu gestalten, erfordert ein Gleichgewicht aus sozialer Verantwortung, Bildung, kultureller Identität, echter Demokratie und Gesundheit. Die AfD setzt sich dafür ein, Bürger in schwierigen Lebenslagen – sei es Alter, Krankheit oder Armut – gezielt zu unterstützen, ohne Steuergelder verschwenderisch einzusetzen. Angesichts steigender Mietkosten und des Wohnraummangels, der durch hohe Zuwanderung verschärft wird, fordern wir effiziente, transparente Verfahren und eine Vergabe von Wohnraum, die lange ansässige Münchner bevorzugt. Bildung ist der Schlüssel zur Selbstbestimmung: Wir fördern die deutsche Sprache, praxisnahe Kompetenzen und politische Neutralität, um junge Menschen zu eigenständigem Denken zu befähigen, während wir Bürokratie abbauen und traditionelle Werte stärken.

Kulturell wollen wir Münchens Erbe bewahren und allen Bürgern erschwinglichen Zugang zu Kunst, Sport und Bildung ermöglichen, ohne ideologische Bevormundung. Demokratie bedeutet für uns echte Mitbestimmung durch Volksabstimmungen und offene Debatten, frei von einseitigen Kampagnen oder Indoktrination. Im Gesundheitsbereich streben wir verlässliche Versorgung, präventive Angebote und eine unabhängige Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen an, um Vertrauen und Freiheit zu sichern. Unser Ziel ist ein München, das seine Bürger in den Mittelpunkt stellt – mit einer Politik, die Eigenverantwortung fördert, Ressourcen sinnvoll nutzt und die kulturelle sowie soziale Identität der Stadt bewahrt.

Soziales

Das Soziale rückt in den Mittelpunkt, wenn Menschen in Lebenslagen geraten, in denen sie die Unterstützung der Gemeinschaft brauchen – bei Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfallfolgen oder Armut. In München verantwortet das Sozialreferat dieses Feld und verwaltet dafür einen enormen Anteil am städtischen Gesamtbudget: 2025 beläuft sich dieser Teilhaushalt auf 855 Mio. Euro, hinzukommen durchgeleitete Transferleistungen des Freistaats von rund 1,487 Mrd. Euro. Das sind enorme Summen, die erst einmal durch die hart arbeitenden Steuerzahler erwirtschaftet werden müssen und die es mit Bedacht auszugeben gilt.

Der Ruf nach sozialen Hilfsleistungen ist indes groß. Lebenshaltungs- und Mietkosten steigen stark, während viele Einkommen nicht Schritt halten. Rund 75% der Münchner besitzen kein Wohneigentum und zahlen hohe Mieten. Die Zahl überschuldeter Haushalte nimmt zu. Obwohl die Kaufkraft statistisch hoch erscheint, konzentriert sich diese Finanzkraft jedoch auf vergleichsweise wenige.

Die Auswirkungen sieht man vor allem auf dem Wohnungsmarkt. Dort verschärft sich die Lage: Suchten 2015 noch ca. 11.000 Münchner eine eigene Wohnung, sind es heute etwa 23.000. Sozialwohnungen sind ein besonders begehrtes, doch rares Gut. Entstanden früher jährlich knapp 2000 Sozialwohnungen, liegen aktuelle Zahlen mittlerweile deutlich darunter, während es oft Monate dauert, bis Wohngeld- und Heizkostenanträge beschieden werden.

Intensiviert wird der Mangel an bezahlbarem Wohnraum durch die massive Zuwanderung, vor allem auch aus dem Ausland und über das Asylwesen. Mittlerweile haben 49,7% der Münchner einen Migrationshintergrund. Zur Bewältigung von Flucht und Zuwanderung hat München beispielsweise seit 2022 etwa 15.000 Ukrainer aufgenommen, aktuell leben davon aber nur ca. 5500 Menschen in Flüchtlings- und Obdachlosenunterkünften. Die große Mehrheit konkurriert folglich mit den Einheimischen um den begrenzten Wohnraum.

Eine Verbesserung ist gegenwärtig nicht in Sicht. Der Zustrom von Asylbewerbern nach München ist trotz Bezahlkarte ungebrochen.

Besonders problematisch: Die Vergabe städtischer Wohnungen durch „Münchner Wohnen“ folgt einem Punktesystem, welches kein Vorrangprinzip für Personen mit langjähriger Ansässigkeit in München kennt. Kriterien wie Finanzkraft oder Kinderzahl führen dann dazu, dass über viele Jahre in München lebende Bürger meist nachrangig gegenüber Zuwanderern berücksichtigt werden.

In einigen Quartieren verdichten sich infolgedessen soziale Konflikte. Schulen stemmen hohe Integrationsanforderungen, oft mit Klassenanteilen von über 75% Kindern mit Migrationsgeschichte. Zugleich erreichen Beratungs- und Freizeitangebote vulnerable Zielgruppen – Ältere wie Jugendliche – häufig nur unzureichend.

Unsere sozialpolitische Leitlinie lautet daher: Hilfen wirksam bündeln, Verfahren beschleunigen, Wohnraumengpässe mindern und Missbrauch vorbeugen – immer mit dem Ziel: unser Geld für unsere Leute.

Unsere Forderungen:

- Terminbuchungen beim Kreisverwaltungsreferat und Bürgerbüros vereinfachen und bürgerfreundlich gestalten: barrierearmes Online-Portal, telefonische Vergabe und tägliche Kurzfrist-Termine (Walk-in-Kontingente).
- Analoge Zugänge zu städtischen Leistungen sichern: barrierefreie Schalterzeiten und Vor-Ort-Beratungen, verlässliche Bürgerhotline, postalischer Formular- und Bescheidversand sowie gezielte Unterstützung für Senioren und Menschen ohne Internetzugang.
- Anträge von Bürgern schneller und effizienter bearbeiten durch gezielten Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) und automatisierten Workflows, klare Servicefristen, Status-Tracking und menschliche Endkontrolle.
- Wohnungsvergabekatalog überarbeiten mit höheren Punktzahlen für ältere und berufstätige Bewerber, transparenten Kriterien und regelmäßiger Veröffentlichung der ScoringLogik.
- Stadt München und Jobcenter verpflichten sich zu keinen Anmietungen oberhalb des Mietspiegels, zur strikten Wirtschaftlichkeitsprüfung und zu dokumentierten Ausnahmen nur im begründeten Härtefall.
- Erhalt der christlich abendländischen Kultur in Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen durch Pflege von Festen, Brauchtum und deutscher Sprache im Rahmen des Grundgesetzes.
- Appell an die EU-Kommission, die Niederlassungsfreiheit im Falle von Obdachlosigkeit weiter einzuschränken und Rückkehrmechanismen zu stärken.

Bildung

Bildung in München ist mehr als Wissensvermittlung – sie ist das Fundament für ein selbstbestimmtes, verantwortungsbewusstes Leben und eine starke kulturelle Identität. Die AfD setzt auf eine Bildung, die auf der deutschen Sprache als Grundpfeiler beruht und durch traditionelle sowie moderne kulturelle Quellen in Literatur, Musik und Tanz einen gemeinsamen Bezugsrahmen schafft. Wir stehen für fachliche Kompetenz, klare Werte und politische Neutralität, wie sie der Beutelsbacher Konsens fordert, um junge Menschen zu eigenständigem, reflektiertem Denken zu befähigen. Respekt gegenüber Lehrkräften und ein offener, fairer Umgang mit unterschiedlichen Meinungen sind dabei unerlässlich.

Unser Ziel ist eine ganzheitliche Bildung, die neben solider Wissensvermittlung praxisnahe Fähigkeiten fördert – von Lernmethoden bis hin zu Alltagskompetenzen wie Finanz- oder Ernährungswissen. Digitalisierung wird bedacht und altersgerecht eingesetzt, während analoge Fähigkeiten und persönliche Begegnungen im Mittelpunkt stehen. Wir stärken den Zusammenhalt durch Mentorensysteme, in denen Ältere Jüngere unterstützen, und reduzieren bürokratische Belastungen, um Lehrkräften Raum für ihre eigentliche Arbeit zu geben. Infrastruktur und Nachmittagsangebote werden verlässlich ausgebaut. So schaffen wir eine Bildungslandschaft, die Leistung, Gemeinschaft und Orientierung verbindet – neutral, wertebasiert und stets am Wohl der Kinder und Familien ausgerichtet.

Unsere Forderungen:

Sprache

- Deutsche Sprache in Kindertagesstätten verbindlich verankern und als Schlüssel für Chancengleichheit im gesamten Bildungsweg sichern.
- Altersgerechte, durchgängige Sprachförderung in Kita und Vorschule für alle Kinder gewährleisten.
- Am Ende der Schulzeit ein Sprach- und Ausdrucksniveau erreichen, das den erfolgreichen Einstieg in Ausbildung, Studium oder Beruf ermöglicht.

Lernen

- Bildung an städtischen Schulen und Arbeitswelt stärker verzahnen durch systematische Einbindung von Betrieben, Projektarbeiten und Betriebspraktika in den Unterricht.
- Die Digitalisierung an Münchens Schulen ist mit Augenmaß und nach aktuellen didaktischen Erkenntnissen zu betreiben:
 - Keine digitalen Bücher in Vor- und Grundschule.
 - Möglichst digitale Schulbücher in Mittel- und Oberstufe.
 - Schüler sollten analoge Kompetenz entwickeln und KI hinterfragen lernen, um eigene Gedanken, Kreativität und Innovationsfähigkeit zu fördern.

- Projekte zur Verantwortung für Natur, zur Heimatpflege und Geschichtsvermittlung sind weiter auszubauen.
- Generationenlernen stärken durch strukturierte Formate für Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen jüngeren und älteren Generationen an städtischen Schulen.
- Schwimm und Sportunterricht priorisieren, mit bevorzugtem Zugang zu städtischen Bädern und Sportstätten. Mit Abschluss der 9. Klasse sollen Schüler befähigt werden, das silberne Schwimmabzeichen zu erlangen.
- Keine Befreiung vom Schwimm- und Sportunterricht ohne ärztliches Attest, welches das Vorliegen eines medizinischen Grunds bestätigt.
- Grundlagen der Ernährung und des Kochens verbindlich vermitteln.

Politik

- Keine staatliche oder städtische Indoktrination in Schulen oder Kindertagesstätten, wie zum Beispiel durch Initiativen zum Gender-Mainstreaming, „Kampf gegen rechts“ oder Handlungsprogrammen wie „Bildung für nachhaltige Entwicklung Vision 2030“. Niemand, weder Lehrer und Erzieher noch Kinder und Schüler, darf zu konkretem Handeln verleitet oder gar gezwungen werden.
- Einrichtungen und Projekte der Kinder- und Jugendhilfe dürfen nur gefördert werden, wenn sie sich zur politischen Neutralität verpflichten und einen gesellschaftlichen Nutzen vorweisen können.
- Finanzielle Zuschüsse für Programme zur sexuellen Findung, Umorientierung und Indoktrination beenden.

Sonstiges

- Schulleitungen, Lehrkräfte und Erzieher von Bürokratie entlasten und Verwaltungsaufwand reduzieren.
- Digitale Schul-IT verschlanken, vereinheitlichen und zuverlässig betreiben.
- Schaffung von ausreichend überdachten Fahrradabstellplätzen an Schulen.
- Mehrere kleinere, dezentrale Schulbauten bevorzugen statt übergroßer Campus-Lösungen.
- Verlässliche Nachmittagsbetreuung für alle sicherstellen, insbesondere für Kinder ohne häusliche Lernunterstützung.
- In Schulen und Kindertagesstätten sind regelmäßig traditionelle deutsche Gerichte anzubieten.

Kultur

München ist mit seiner über 850-jährigen Geschichte ein kulturelles Juwel, dessen Erbe und Vielfalt das Leben seiner Bürger prägt. Dieses Erbe zu bewahren und zugleich allen Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen, ist ein Kernanliegen der AfD. Wir stehen für eine Kulturförderung, die frei von ideologischen Zwängen ist und die kulturelle Identität Münchens stärkt, ohne bestimmte Gruppen zu bevorzugen. Unser Ziel ist es, Kunst und Kultur so zu gestalten, dass sie nicht nur erhalten bleiben, sondern auch zeitgemäß und attraktiv für alle Generationen werden. Dabei setzen wir auf nachhaltige Finanzierungsmodelle, die den Mehrwert für die Stadtgesellschaft in den Vordergrund stellen, sei es durch Museen, Büchereien oder interaktive Angebote.

Ein besonderes Anliegen ist es uns, den Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen für alle Münchner erschwinglich zu gestalten sowie Vereinen und Kunstschaffenden bezahlbare Räume bereitzustellen. Gleichzeitig fordern wir eine verantwortungsvolle Haushaltsführung, die unwirtschaftliche Projekte kritisch prüft. Sport und Bildung sollen als tragende Säulen des gesellschaftlichen Lebens weiterhin gefördert werden, um das Gemeinwesen zu stärken. Mit diesen Grundsätzen wollen wir Münchens kulturelle Zukunft sichern – traditionsbewusst und zugleich wirtschaftlich vernünftig.

Unsere Forderungen:

- Kulturförderung ideologiefrei, ohne politische Indoktrination und Klientelpflege gestalten.
- Zugang zu Kunst und Kultur bezahlbar und niedrigschwellig ermöglichen, etwa durch ermäßigte oder kostenfreie Besuchstage.
- Museen erhalten und modernisieren durch interaktive Angebote zum Anfassen und Ausprobieren für alle Generationen.
- Münchner Büchereien und die Volkshochschule erhalten und zeitgemäß weiterentwickeln.
- Einen städtischen Basisbestand an öffentlichen Räumen für Kunstschaffende und Vereine sichern und kostengünstig bereitstellen.
- Sportstätten und Sportvereine als Teil der Stadtkultur verlässlich finanziell unterstützen.
- Subventionen an einen nachweisbaren Mehrwert für die Stadtgesellschaft knüpfen.
- Eigenwirtschaftlichkeit städtischer Kunst- und Kultureinrichtungen mittelfristig deutlich erhöhen.
- Sanierung des Gasteigs aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit ablehnen.
- Kammerspiele wegen anhaltender Defizite schließen und die Immobilie gewinnbringend veräußern.
- Vertriebenen- und Aussiedlervereine als Träger von Brauchtumspflege und Kulturerhalt fördern und ihre Arbeit im Stadtleben sichtbarer machen.

Demokratie

Die AfD versteht Demokratie als lebendiges Fundament, das die Bürger Münchens aktiv in die Gestaltung ihrer Stadt einbindet. Wir setzen uns für echte Mitbestimmung ein, die über bloße Symbolik hinausgeht und den Willen der Bürger authentisch widerspiegelt. Volksabstimmungen und direkte Beteiligungsformate sollen sicherstellen, dass weitreichende Entscheidungen, die das Stadtleben nachhaltig prägen, auf einer breiten Grundlage getroffen werden. Dabei fordern wir eine konsequente Orientierung am Subsidiaritätsprinzip, um die Eigenständigkeit Münchens gegenüber überregionalen, supranationalen oder globalen Strukturen wie der EU oder WHO zu wahren.

Unser Ziel ist eine transparente, unabhängige Demokratie, frei von ideologischer Bevormundung oder einseitiger Beeinflussung. Öffentliche Gelder dürfen nicht für parteiische Kampagnen oder Organisationen verwendet werden, die politische Agenden verfolgen. Stattdessen setzen wir auf faire, offene Debatten, die unterschiedliche Perspektiven respektieren und Bürgern echte Mitwirkung ermöglichen. Politische Indoktrination, sei es von städtischen Mitarbeitern oder durch weltanschauliche Botschaften in öffentlichen Räumen, lehnen wir entschieden ab. Wir wollen eine Stadt, in der die Bürger das Sagen haben, Extremismus jeglicher Art gleichbehandelt wird und demokratische Prozesse glaubwürdig und unabhängig bleiben – für ein München, das seine Bürger in den Mittelpunkt stellt.

Unsere Forderungen:

- Obligatorische Ratsbegehren bei grundlegenden politischen Entscheidungen einführen, die das Stadtleben langfristig prägen oder nur mit hohem Aufwand und Kosten wieder rückgängig gemacht werden können.
- Zeitlich begrenzte Debatten zwischen Bürgern und Antragstellern auf Bürgerversammlungen zulassen, um echte Mitbestimmung zu ermöglichen.
- Pseudo-Bürgerbeteiligung, etwa bei Bauvorhaben, oder Demokratiesimulation durch regierungsnahe NGOs, Vereine oder „Räte“ unterbinden.
- Alle Formen des politischen Extremismus sind gleich zu bewerten, darum dürfen einseitige Kampagnen mit öffentlichen Geldern nicht gefördert werden.
- Politisch-weltanschauliche Aushänge oder Banner in öffentlichen Fahrzeugen, Eigen- und Regiebetrieben der Stadt sowie in städtischen Einrichtungen, insbesondere auf Friedhöfen, verbieten.
- Politische Indoktrination von städtischen Mitarbeitern konsequent verhindern.
- Städtische Organisationen oder Beteiligungen an Projekten wie „Kafe Marat“, „Feierwerk“, „EineWeltHaus“, „München ist bunt“, „a.i.d.a.“ und „firm“ sowie deren Förderung mit öffentlichen Geldern abschaffen.
- Die sogenannte „Fachstelle für Demokratie“ auflösen, da sie ausschließlich nur dem „Kampf gegen Rechts“ dient, statt auch Linksextremismus und Islamismus mit zu berücksichtigen.

Gesundheit

Gesundheit ist ein Grundpfeiler einer lebenswerten Stadt, doch die jüngsten Erfahrungen, insbesondere durch die Corona-Maßnahmen, haben Vertrauen erschüttert und die Notwendigkeit einer kritischen Aufarbeitung verdeutlicht. Die AfD fordert eine unabhängige Untersuchung dieser Maßnahmen, um Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, Betroffenen Gerechtigkeit zu verschaffen und künftige Grundrechtsverletzungen zu verhindern. Statt bürokratischer Überregulierung und ideologisch geprägter Gesundheitskampagnen setzen wir auf Eigenverantwortung und Selbstständigkeit der Bürger in gesundheitlichen und sozialen Belangen.

Die Gesundheitsversorgung in München muss verlässlich und wohnortnah gewährleistet sein, mit gut ausgestatteten Kliniken und einer flächendeckenden Notfallversorgung. Ebenso wichtig ist die Förderung präventiver Angebote, wie die Pflege städtischer Schwimmanlagen oder die Schaffung von Fitnessbereichen in Parks, um die körperliche Gesundheit der Bürger zu stärken. Bürokratische Hürden im Gesundheits- und Sozialbereich gilt es abzubauen, damit die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist eine Gesundheitspolitik, die die Bürger unterstützt, ohne sie zu bevormunden, und die Lehren aus der Vergangenheit zieht, um Freiheit und Selbstbestimmung zu schützen – für ein gesundes, selbstbewusstes München.

Unsere Forderungen:

- Alle Münchner Kliniken erhalten und regelmäßig in Stand setzen, um eine verlässliche medizinische Grundversorgung sicherzustellen.
- Flächendeckende Notfallversorgung sowie örtliche Versorgung durch Arztpraxen gewährleisten, um wohnortnahe medizinische Betreuung zu ermöglichen.
- Städtische Schwimmanlagen in qualitativ hochwertigem Zustand halten und pflegen, um gesundheitsfördernde Freizeitangebote zu sichern.
- Vergünstigte Früh- und Abend-Schwimmangebote in städtischen Freibädern anbieten.
- Die Einführung gruppenspezifischer Zugangsbeschränkungen im Falle wiederholter Ausschreitungen und sexueller Übergriffe in Freibädern rechtlich prüfen lassen.
- Fitnessbereiche, wie „Trimm-Dich-Pfade“, in Parkanlagen und öffentlichen Flächen errichten und in Stand halten, um präventive Gesundheit zu fördern.
- Corona-Maßnahmenpolitik der Landeshauptstadt München vorbehaltlos aufarbeiten, einschließlich der Kosten und Verhältnismäßigkeit von Impfzentren, Contact-Tracing-Teams, Maskenzwang, Abstandsregelungen, Impfbussen in Schulen, Zwangslüftung im Klassenzimmer während des Winters, Allgemeinverfügungen, Versammlungsverboten und Bußgeldern bei Maßnahmenverstößen, um künftige Grundrechtsverletzungen zu verhindern.

MEHR INFORMATIONEN

**Sie finden unser vollständiges Programm
zur Kommunalwahl 2026 in München
unter:**



afd-muenchen.de/wahlprogramm

Facebook: facebook.com/afdmuc

Instagram: @afd_muenchen

@afd_stadtrat_muenchen

X: @AStadtrat

E-Mail: info@afd-muenchen.de

Telefon: 089 20040000

Ihre Spende hilft! Jetzt unterstützen und Steuern sparen!



afd-muenchen.de/spenden

AfD
München